

Forderung nach Böllerverbot: Sicherheit für Polizei und Feuerwehr im Fokus!

Im Rhein-Pfalz-Kreis wurde das neue Jahr mit Raketen begrüßt, während die Diskussion um ein Böllerverbot an Intensität gewinnt.



Am 16. Januar 2025 zeigt sich die Debatte um ein mögliches Böllerverbot in Deutschland wieder einmal in vollem Umfang. Hunderttausende haben an einer Online-Petition der Gewerkschaft der Polizei (GdP) teilgenommen, die ein solches Verbot fordern. Die GdP macht geltend, dass die Gewalt gegen Einsatzkräfte an Silvester in den letzten Jahren stark zugenommen hat und es höchste Zeit sei, Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit von Polizei und Feuerwehr zu gewährleisten. Der Vorfall in der aktuellen Silvesternacht, bei dem Böller gegen Einsatzkräfte eingesetzt wurden, hat die Notwendigkeit für ein solches Verbot nochmals unterstrichen.

Im Rhein-Pfalz-Kreis hingegen wurde das neue Jahr traditionell

mit Raketen und Krachern begrüßt. Laut **Rheinpfalz** blieb die Situation unter Kontrolle. Kai Giertzsch, der Leiter der Polizeiinspektion Schifferstadt, berichtete, dass alles im erlaubten Rahmen war. Jedoch gab es auch hier einen bedauerlichen Vorfall mit einem Blindgänger, der die Feierlichkeiten trübte.

Jährliche Debatte um Böllerverbot

Die Diskussion über ein Böllerverbot tritt regelmäßig vor Silvester auf, verliert jedoch im Laufe des Jahres wieder an Intensität. Die GdP fordert ein umfassendes Verkaufsverbot für nicht beruflich tätige Personen sowie ein generelles Böllerverbot im Privatbereich. Die Gewerkschaft argumentiert, dass organisierte Veranstaltungen eine sichere Alternative zum privaten Feuerwerk darstellen könnten.

Die Vorfälle der letzten Silvesternacht überstiegen in ihren Augen jeden Rahmen. Einsatzkräfte sehen sich häufig großen Gefahren ausgesetzt, wenn Böller gegen sie geworfen werden. Laut **GdP** riskieren diese, Leib und Leben, um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten.

Forderungen nach mehr Sicherheit

Die GdP hat einen klaren Aufruf zur Unterstützung ihrer Petition gestartet, um mehr Sicherheit für Polizei und Feuerwehr zu erreichen. Ein bundesweites Böllerverbot wird als erster Schritt zu einer größeren Sicherheitskultur angesehen. In diesem Zusammenhang plädiert die Gewerkschaft für eine breitere gesellschaftliche Unterstützung, damit die Stimmen derjenigen, die für mehr Schutz und Sicherheit eintreten, Gehör finden.

Die Debatte über Böller und Feuerwerk wird auch weiterhin diskutiert werden, insbesondere im Hinblick auf den Schutz der Einsatzkräfte. Es bleibt zu hoffen, dass die Forderungen auf ein Umdenken in der Gesellschaft stoßen und in Zukunft wirksame Maßnahmen zum Schutz der Einsatzkräfte ergriffen werden

können.

Details	
Quellen	• www.rheinpfalz.de • www.gdp.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de